

INHALT

- Hausarztvertrag der AOK Baden-Württemberg unter Dach und Fach
- Berliner Gesundheitspreis 2008 ausgeschrieben
- Bundesärztekammer legt gesundheitspolitische Leitlinien vor
- Ausstellung zum AOK-Jubiläum

Mit Verlinkung zum AOK-Lexikon „Stichwort: Gesundheitswesen“

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel: Gesundheitsfonds startet pünktlich

Ungeachtet kritischer Stimmen aus den Reihen der Union stellte Regierungschefin Angela Merkel klar, dass der **Gesundheitsfonds** pünktlich zum 1. Januar 2009 startet. Dagegen kritisierte CSU-Chef Erwin Huber in aller Öffentlichkeit, das vorliegende Konzept zum Ausgleich für den Freistaat entspräche nicht den Verabredungen. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Unions-Fraktionschef Volker Kauder sagte dazu, es gelte nur noch Verfahrensfragen zu klären – inhaltliche Probleme gebe es nicht mehr. Peter Ramsauer, CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, warnte seinerseits die SPD davor, die umstrittene „Konvergenzklausele“, die den Finanzausgleich regelt, abzuschaffen. Für diesen Fall sieht Ramsauer die gesamte Reform gefährdet. Sein Parteifreund Horst Seehofer kritisierte im Gegenzug die massiven Einwände gegen den Fonds aus seiner eigenen Partei. Der Vize-Parteichef der CSU machte deutlich, dass er selbst eine positive und zuversichtliche Position zum Gesundheitsfonds einnehme. Günther Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, empfahl als Kompromiss eine achtjährige Übergangsfrist für die Einführung des Gesundheitsfonds. Dadurch solle sichergestellt werden, dass die Umverteilungswirkungen des Gesundheitsfonds zu Lasten seines Landes begrenzt werden.

 www.aok-bv.de/lexikon/g/index_11498.html

■ Pläne für Insolvenzrecht finden keine Gegenliebe

Die gesetzliche Krankenversicherung lehnt die Pläne von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt für eine Reform des Kassen-Insolvenzrechts ab. Dr. Doris Pfeiffer, Chefin des **Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen**, schrieb an die Ressortchefin, ihre Organisation wolle nicht zu einer „Regulierungsbehörde“ mutieren. Sie reagierte damit ebenso wie zuvor schon die **Krankenkassen-Spitzenverbände** in einem gemeinsamen Brief an Ulla Schmidt auf das Vorhaben der SPD-Politikerin, dem Spitzenverband das Recht zu übertragen, Kassen bei einer drohenden Insolvenz zwangsweise zu fusionieren. Auch die bayerische Gesundheitsministerin Christa Stewens kündigte Widerstand an.

PERSONEN



Dr. Renate Meier wurde neue Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit. Sie war bisher Bevollmächtigte des Freistaats beim Bund. Vorgänger **Stefan Illert** leitet künftig die Landesstiftung „FamilienSinn“.

Der Vertragsexperte **Karl-Heinz Schönbach** hat im AOK-Bundesverband die Leitung des Geschäftsbereichs „Gesundheit“ übernommen. Er war zuvor unter anderem Hauptabteilungsleiter beim BKK-Bundesverband.



Thomas Isenberg, bis Herbst vergangenen Jahres beim Verbraucherzentralen-Bundesverband Leiter des Fachbereichs „Gesundheit“ wechselte nach einem kurzen Zwischenspiel bei der Bertelsmann-Stiftung jetzt als Leiter des Geschäftsbereichs „Interessenvertretung / Marketing“ zu Spektrum K – einem Gemeinschaftsunternehmen der betrieblichen Krankenversicherung.



In die Geschäftsführung des Verbands der Diagnostica-Industrie wird zum 1. September 2008

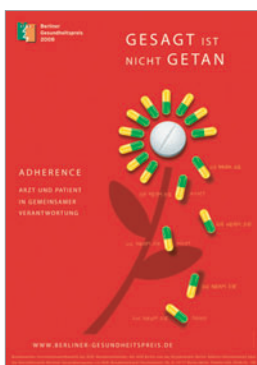
Dr. Martin Walger, bisher Geschäftsführer in der Deutschen Krankenhausgesellschaft, eintreten. Er übernimmt im Januar nächsten Jahres von dem altershalber ausscheidenden **Dierk Meyer-Lüerßen** die Leitung der Geschäftsstelle.

■ Hausärztliche Versorgung: Südwest-AOK nutzt neue Möglichkeiten

Die AOK Baden-Württemberg hat ein neues Kapitel in der **Hausarztversorgung** in ihrem Land aufgeschlagen. Der von der Gesundheitskasse mit dem Hausärzterverband und MEDI ausgehandelte Vertrag zur hausärztlichen Versorgung konnte jetzt unterzeichnet werden. Die Vereinbarung schafft eine völlig neuartige, qualitätsgesicherte Hausarztversorgung. „Mit diesem Vorgehen modernisieren wir gemeinsam mit den Partnern die hausärztliche Versorgung“. Eine qualitätsvolle, zielgenaue Versorgung der Versicherten bei besserer Vergütung für die Ärzte seien die Leitgedanken gewesen, betonte Dr. Rolf Hoberg, Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg, in Berlin. Seine Kasse setze nach Ausschreibung und Monaten intensiver Verhandlungen die Möglichkeiten des **GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes** umfassend um, direkt mit Ärzterverbänden Umfang, Inhalte und Vergütung der hausärztlichen Versorgung zu vereinbaren. Der neue Vertrag soll neben der Versorgungsqualität der AOK-Versicherten in Baden-Württemberg auch die Wirtschaftlichkeit verbessern helfen. Außerdem sind künftig mehr Serviceleistungen wie Abendsprechstunden bis 20 Uhr für Berufstätige vorgesehen. Baden-Württembergische Ärzte und Versicherte können sich ab Juli einschreiben: Die Teilnahme am Programm ist nach Angaben von Vorstandsvize Dr. Christopher Hermann freiwillig. Die Bindung an den gewählten Hausarzt gilt für zunächst zwölf Monate.

<http://www.aok-bv.de/presse/presseservice/psgthema/index.html>

■ Jetzt für den Berliner Gesundheitspreis 2008 bewerben



Mit der **Therapietreue** der Patienten hapert es nur allzu oft. Der Frage, wie man hier zu besseren Erfolgen kommen kann, geht der Berliner Gesundheitspreis 2008, der mit insgesamt 50.000 Euro dotiert ist, nach. Der Wettbewerb ist eine gemeinsame Initiative des AOK-Bundesverbandes, der Ärztekammer Berlin und der Berliner Gesundheitskasse. Gesucht werden innovative Ideen und Modelle für eine Arzt-Patienten-Beziehung, bei der der Patient aktiv und gleichberechtigt in die Therapieplanung und -durchführung einbezogen wird. Ärzte, Pflegekräfte und Therapeuten in ambulanten und stationären Einrichtungen, aber auch Forschungsprojekte, die geeignete Konzepte anbieten, sind aufgerufen, sich bis zum 30. September 2008 an dem Wettbewerb zu beteiligen. Eine unabhängige Jury aus Vertretern von Politik, Medizin und Wissenschaft entscheidet über die Preisvergabe.

www.berliner-gesundheitspreis.de

■ Neue “Gesundheitspolitischen Leitsätze der Ärzteschaft“ sorgen für Zündstoff

Im Vorfeld des 111. Deutschen Ärztetages hat die **Bundesärztekammer** „Gesundheitspolitischen Leitsätze der Ärzteschaft“ präsentiert und damit die Diskussion über eine Neuausrichtung des Gesundheitswesens aus Mediziner-Sicht eröffnet. In dem Papier werden unter anderem kurzfristig Änderungen in der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert. So etwa wollen die Ärzte Rentner stärker an ihren steigenden Gesundheitskosten beteiligen, mit Hilfe eines

„Gesundheitssolis“ eine Demographiereserve in der GKV anlegen und die kostenfreie **Mitversicherung** von Ehegatten nur noch für die Zeit der Kindererziehung zulassen. Gleichzeitig seien Eigenbeteiligungen der Patienten zu erhöhen und alle Einkünfte, nicht nur Lohn und Gehalt, zur Bemessung der Kassenbeiträge heran zu ziehen. Knapp 17 Millionen Rentner seien 2005 gesetzlich krankenversichert gewesen, zehn Prozent mehr als 1998, heißt es in dem Papier. Weil Rentner bei höheren Behandlungskosten weniger in die Kasse einzahlen, werde das zum Finanzproblem. „Die Schere zwischen Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben der **Krankenversicherung der Rentner** geht immer weiter auseinander“, stellt die Bundesärztekammer fest. Habe diese Lücke vor 15 Jahren noch knapp 25 Milliarden Euro betragen, seien es inzwischen mehr als 35 Milliarden Euro per anno. Die „stetig steigende

Quersubventionierung“ der Rentner durch die übrigen Kassenmitglieder müsse durch einen „demographiebezogenen Ausgleichsfaktor sowie durch den Aufbau eines Systems zur Altersrückstellung durch einen ‚Gesundheits-soli‘ sukzessive reduziert werden“, verlangt die Bundesärztekammer. Der 111. Deutschen Ärztetages berät vom 20. bis 23. Mai über das Papier.

KOMMENTAR

Selbstverständlich ist es das gute Recht der Bundesärztekammer, sich Gedanken über die Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens und dabei vor allem der gesetzlichen Krankenversicherung zu machen. Doch leider bedienen die zum 111. Bundesärzttetag erarbeiteten Thesen in mancher Hinsicht nur Klischees: Da ist wieder einmal von den Rentnern die Rede, die nur zu einem Teil für die Kosten ihrer eigenen medizinischen Versorgung aufkommen. Da wird zugleich an der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten ohne eigenes Einkommen in der gesetzlichen Krankenversicherung gerüttelt. Entsprechende Vorschläge gibt es schon seit vielen Jahren – und am Ende haben diese trotzdem nicht überzeugen können. Das Grundprinzip der sozialen Krankenversicherung ist nun einmal die Solidarität: Die der Besserverdienenden mit den sozial Schwächeren, die der Jüngeren mit den Senioren und die der Kinderlosen mit Familien mit Kindern. Wer wie die verfasste Ärzteschaft ohne Not an diesem Prinzip rüttelt, muss sich fragen lassen, welches Ziel er damit verfolgt. Hier steht eine überzeugende Antwort des Berufsstandes noch aus und so könnte der Eindruck entstehen, dass ein Berufsstand nur seine Einnahmen sichern möchte. (JB)

 www.bundesärztekammer.de/page.asp?his=3.71.5877.6107.6149

■ Patientenverfügung ohne gesetzliche Basis?

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wachsen offenbar die Zweifel, dass es zu einem Gesetz über Patientenverfügungen kommt. Nach Ansicht von Fraktionschef Volker Kauder ist es nicht auszuschließen, dass ein dazu vorgelegter interfraktioneller Entwurf im Parlament keine Mehrheit findet.



Vorschau...

Ausgabe 5/2008

Ärzte entlasten – Kosten senken

Wie lassen sich nichtärztliche Gesundheitsberufe in die ambulante Grundversorgung einbeziehen? Dieser Frage ging eine Schweizer Studie in einem Ländervergleich nach. Kilian Künzi stellt die Ergebnisse vor

Lasten gerecht verteilen

Für eine gerechtere medizinische Versorgung wirbt die Grünen-Politikerin Renate Künast im G+G-Interview. Eine Zwei-Klassen-Medizin ist für sie inakzeptabel. Es dürfe prinzipiell keine Rolle spielen, ob ein Patient gesetzlich oder privat versichert ist.

Solidarisch aus Prinzip

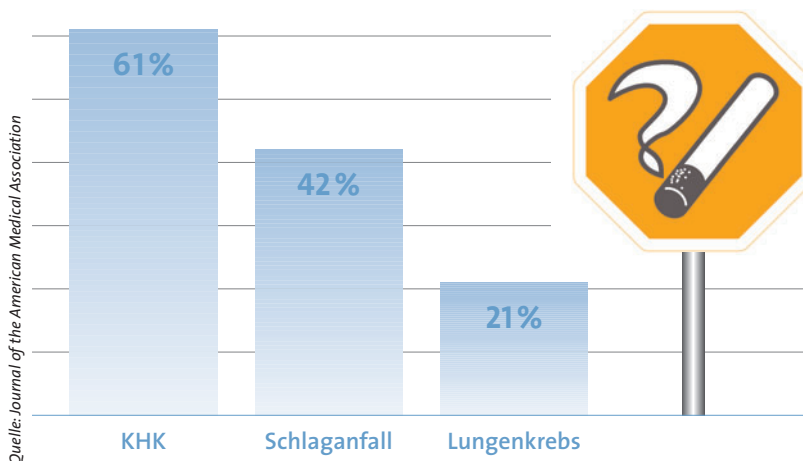
Auch nach 125 Jahren ist die gesetzliche Krankenversicherung kein Auslaufmodell. Für Norbert Blüm steht fest, dass es zu ihr keine Alternative gibt. Sie stärke den sozialen Frieden



Der ehemalige Bundesarbeitsminister **Dr. Norbert Blüm** sprach zur Eröffnung der Jubiläums-Ausstellung des AOK-Bundesverbandes. Der CDU-Politiker würdigte dabei den Beitrag der AOK zur sozialen Sicherheit in Deutschland. Davon zeugt auch eine Festschrift, in die Blüm (li) und Verbands-Chef **Dr. Hans Jürgen Ahrens** (re) gemeinsam einen ersten Blick warfen.

Rauchstopp: schon nach 5 Jahren ein Erfolg!

Um soviel verringern Exraucher ihr Risiko innerhalb von 5 Jahren



Wer das Rauchen aufgibt, profitiert schnell davon. Schon nach fünf Jahren ist das im Vergleich zu Nichtrauchern erhöhte KHK-Risiko um etwa 60 Prozent abgebaut. Diese Auswertung der Nurses' Health Study (NHS) bestätigt eindrucksvoll neue Daten aus Ländern wie Italien, Frankreich oder Irland. Dort wurde bereits innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten gesetzlicher Rauchverbote ein Rückgang an Herzinfarkten beobachtet. Schon fünf Jahre nach einem Rauchstopp ist das Risiko für Gesundheitsschäden deutlich gesunken. Bei KHK ist das im Vergleich zu Nichtrauchern erhöhte Risiko bereits um 61 Prozent vermindert, das Risiko für einen Schlaganfall um 42 Prozent.

■ Die Ausstellung zum AOK-Jubiläum

Die AOK, für viele Inbegriff der gesetzlichen Krankenkasse, wurde vor 125 Jahren gegründet. Anlässlich dieses runden Geburtstages wurde im Hause des AOK-Bundesverbandes in Bonn eine Ausstellung eröffnet. Anhand von historischen Fotos und Berichten haben Mitarbeiter der Gesundheitskasse und Historiker die Entwicklung Deutschlands größter Krankenkasse nachgezeichnet. Dr. Hans Jürgen Ahrens, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, betonte bei der Eröffnungsveranstaltung, Gesundheit und Solidarität seien zentrale Werte, denen sich die AOK von Beginn an verpflichtet fühle. Was vor 125 Jahren eine atemberaubende Neuheit für die Menschen gewesen sei, gehöre zwischenzeitlich in Deutschland zur Selbstverständlichkeit: im Krankheitsfall nicht allein da zu stehen, sondern im Schutz einer großen Solidargemeinschaft umfassende medizinische Versorgung in Anspruch nehmen zu können.

<http://www.aok-zeitreise.de/>

IMPRESSUM

G+G-Blickpunkt

Herausgeber: AOK-Bundesverband,
Kortrijker Straße 1, 53177 Bonn

Verantwortlich: Dr. Hans Jürgen Ahrens

Redaktion: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & CoKG

Verantw. Redakteur: Jürgen Becker, j.becker@kompart.de
Telefon 0228-849000, Telefax 0228-84900-20